

# IFK AKTUELL



## Aus dem Inhalt

„Unvollendete Staaten“:  
Bosnien-Herzegowina und Kosovo

Zerbrechliche Stabilität Mazedoniens

Schritte zur Versöhnung

Aktive Rolle Österreichs auf dem Westbalkan

Langer Weg zum EU-Beitritt

# Hürdenlauf nach Europa

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

## Unvollendeter Frieden am Westbalkan

## Jüngste Publikationen des IFK

In der Reihe

**Internationale Sicherheit und Konfliktmanagement**



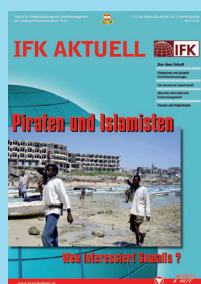
### Kein Feind in Sicht

Konfliktbilder und Bedrohungen der Zukunft

In diesem Band gehen international anerkannte Experten Fragen der generellen Bedeutung von Konflikt- und Bedrohungsbildern nach. Sie erörtern, welche Staaten und nichtstaatlichen Akteure die Sicherheitslage beeinflussen werden, und untersuchen, welche Themen in Zukunft entscheidend für Friede und Sicherheit sein werden. Praktische Erfahrungen und theoretische Überlegungen reihen sich dabei aneinander, denn je komplexer die Verhältnisse sind, umso wichtiger werden Erklärungsmodelle.

In der Reihe

**IFK Aktuell**

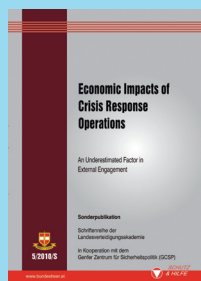


### Piraten und Islamisten – Wen interessiert Somalia?

1991 wurde der Diktator Siad Barré gestürzt. Seit damals gibt es in Somalia keine Zentralregierung und das Land gilt allgemein als gescheiterter Staat. Erst als somalische Piraten den internationalen Schiffsverkehr im Golf von Aden beträchtlich zu stören begannen, rückte Somalia wieder in den Fokus internationaler Akteure.

In der

**Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie**



### Economic Impacts of Crisis Response Operations An underestimated Factor in External Engagement

Dieser Band konzentriert sich auf die ökonomische Dimension im internationalen Krisenmanagement. Bestimmende Parameter in Konfliktökonomien werden von Experten in Form von Fallstudien und mittels empirischen Datenmaterials untersucht. Es wird aufgezeigt, dass die Thematik bisher wissenschaftlich unterbeleuchtet und militärisch unterbewertet ist. Besonderes Interesse gilt dabei der Frage nach der Vorgangsweise von Missionen im Einsatzraum: Deren Aktivitäten können das im Kontext der Friedenssicherung angestrebte Wirtschaftswachstum dämpfen oder fördern.

### Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK Aktuell** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.



IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLVS) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLVS unter:

[www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml](http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml)

Der Institutsleiter  
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Titelbild: REUTERS/Hazir Reka

## Hürdenlauf nach Europa – Unvollendeter Frieden am Westbalkan

In den früheren Krisengebieten des südslawisch-albanischen Raumes, der heute von der EU als „Westbalkan“ bezeichnet wird, hat die Gefahr größerer bewaffneter Auseinandersetzungen im letzten Jahrzehnt sukzessive abgenommen. Aktuelle Entwicklungen weisen aber darauf hin, dass der Frieden noch immer zerbrechlich ist bzw. wichtige politische, gesellschaftliche und ökonomische Hürden zu nehmen sind.

Mehrere Westbalkanländer sind wegen interner ethnischer Probleme, einer grassierenden Korruption, des verstärkten Zulaufs zu religiösen Extremisten und Problemen mit Nachbarländern als Staaten nicht gefestigt. Sie sollten, da Sicherheitsrisiken bestehen, noch gezielter als bisher von der EU unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für Bosnien und Herzegowina, Kosovo sowie für das hinsichtlich der dort bestehenden Gefahrenpotentiale von der EU in den letzten Jahren vernachlässigte Mazedonien. Die Option des EU-Beitritts ist ein wichtiger Motor für verbesserte Beziehungen in der Region, bleibt aber mit Ausnahme von Kroatien für den Großteil der Westbalkanländer nur eine langfristige Perspektive. Österreich demonstriert sein vorrangiges Interesse am regionalen Friedensprozess durch substanzielle Beiträge sowohl bei politischen als auch militärischen Friedensmissionen.

|               |                                                          |                 |
|---------------|----------------------------------------------------------|-----------------|
| <b>Inhalt</b> | <b>„Unvollendete Staaten“ – Gefahr für den Frieden</b>   | <b>Seite 4</b>  |
|               | <b>Dominanz nationaler Fragen in Bosnien-Herzegowina</b> | <b>Seite 5</b>  |
|               | Besorgte EU                                              |                 |
|               | Hoffnungen auf die Zeit nach den Wahlen                  |                 |
|               | EUFOR-Präsenz in einem Mitgliedsland des UNO-SR          |                 |
|               | Erstarken extremistischer religiöser Bewegungen          |                 |
|               | Korruption als Konfliktfaktor in Bosnien-Herzegowina     |                 |
|               | Konkretisierung der „EU-Perspektive“                     |                 |
|               | <b>Kosovo – komplizierte Unabhängigkeit</b>              | <b>Seite 7</b>  |
|               | Rechtliche Gegenoffensive Belgrads                       |                 |
|               | Geteilte Kosovo-Serben                                   |                 |
|               | Stabile Sicherheitslage, aber mit Risiken                |                 |
|               | Schwierige EU-Rolle                                      |                 |
|               | Zugeständnisse an Belgrad                                |                 |
|               | Ernüchterung bei den Kosovo-Albanern                     |                 |
|               | Stärkeres Engagement bei der Verbrechensbekämpfung       |                 |
|               | Erreichtes und Herausforderungen                         |                 |
|               | <b>Zerbrechliche Stabilität Mazedoniens</b>              | <b>Seite 13</b> |
|               | <b>Schritte zur Kooperation und Versöhnung</b>           | <b>Seite 14</b> |
|               | <b>Aktive Rolle Österreichs auf dem Westbalkan</b>       | <b>Seite 15</b> |
|               | Österreichs Interessen                                   |                 |
|               | Beiträge zum Frieden                                     |                 |
|               | <b>Langer Weg zum EU-Beitritt</b>                        | <b>Seite 16</b> |

# „Unvollendete Staaten“ – Gefahr für den Frieden

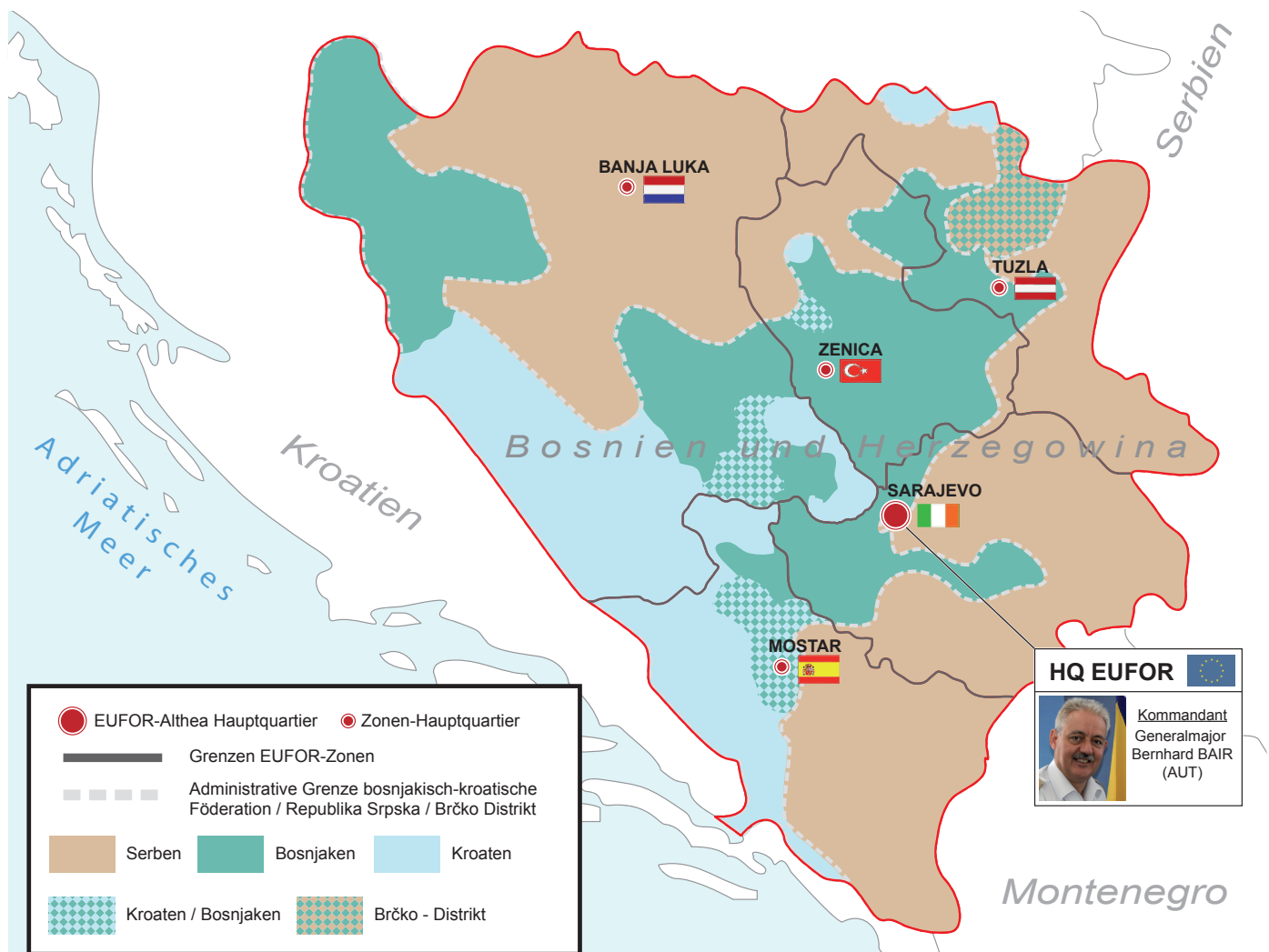
Der bekannte Kosovo-albanische Publizist und liberale Intellektuelle, Veton Surroi, bezeichnete bei einer internationalen Tagung den Westbalkan als eine Region mit größtenteils „unvollendeten Staaten“. Davon nahm er nur Kroatien aus, das sich schon in den späten 1990er Jahren – mit dem Preis einer großen Zahl serbischer Flüchtlinge – als Staat konsolidiert hatte. In den anderen Westbalkanländern – Bosnien und Herzegowina, Serbien/Kosovo, Montenegro und Albanien – wird nach Ansicht von Surroi die Konsolidierung der staatlichen Nachkriegsordnung entweder durch interne ethno-politische Gegensätze oder durch schädigende äußere Einflussnahme weiterhin behindert. Wenn auch die Gefahr eines neuen Krieges wegen der deutlich verbesserten regionalen Bedingungen und des aktiveren Engagements von EU und NATO unwahrscheinlich bleibt, so birgt dieser Missstand nicht gefestigter Staaten doch sicherheitspolitische Risiken in sich.

Für die in den regionalen Friedensprozessen sehr engagierte EU stellen

die noch nicht abgeschlossenen Staatsbildungsprozesse, insbesondere in Bosnien-Herzegowina und Kosovo, wegen der noch bestehenden ethno-politischen Gegensätze eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar. Die Anwendbarkeit spezieller rechtlicher und politischer Eingriffsrechte, über die z.B. der Hohe Repräsentant der Staatengemeinschaft (gleichzeitig EU Special Representative) in Bosnien und Herzegowina noch verfügt, gestaltet sich angesichts demokratiepolitischer und integrationspolitischer Ziele der EU in der Region als immer schwieriger. Die „unfinished states“ unter den Westbalkanländern verfügen intern noch über genügend Konfliktpotenzial, um den regionalen Friedensprozess ernsthaft zu verlangsamen und um ihm schwerere Rückschläge zuzufügen. Es stellt sich die Frage nach der Leistungsfähigkeit der EU-Herführungsstrategie für die Westbalkanländer, insbesondere im Umgang mit jenen Staaten, deren interne – ethno-politisch manipulierten – Gegensätze nicht mit einer rationalen politischen Logik vereinbar sind.

## Zoneneinteilung EUFOR / ALTHEA und ethnische Verteilung in Bosnien und Herzegowina

Gesamt: ca. 2.000 Militärpersonen  
Österreichische Beteiligung: bis zu 400



# Dominanz nationaler Fragen in Bosnien-Herzegowina

Der Staat Bosnien und Herzegowina befindet sich nach einer Phase der Aufwärtsentwicklung zwischen 2003 und 2006 in einer lange andauernden Phase der politischen Stagnation. Es gab bereits Ansätze für gut funktionierende gesamtstaatliche Institutionen sowie für einen politischen Ausgleich zwischen den drei konstitutiven Völkern bzw. den zwei Staatsteilen, der Republika Srpska und der (bosnjakisch-kroatischen) Föderation Bosnien und Herzegowina. Seitdem die Verfassungsreform im bosnisch-herzegowinischen Parlament im April 2006 aber knapp gescheitert war, nahm die politische Polarisierung entlang ethnischer (Trenn-)Linien wieder signifikant zu. Dabei ist eine klare Tendenz der Regierung der serbisch dominierten Republika Srpska erkennbar, gegen einen funktionstüchtigen Staat Bosnien und Herzegowina zu agieren und stattdessen die Republika Srpska als ethnisch homogenen Quasi-Staat auszubauen. Auf der Seite der muslimischen Bosnjaken – der zahlenmäßig stärksten Volksgruppe in Bosnien und Herzegowina – provozieren führende Politiker wiederum die Serben mit dem permanenten Hinweis auf die (faktisch richtige) Rolle der Muslime als Hauptopfer des vergangenen Krieges und die serbische Hauptverantwortung für die militärische Eskalation und ethnischen Vertreibungen. Die bosnjakische Forderung nach starken gesamtstaatlichen Institutionen weckt bei den Serben in Bosnien und Herzegowina Ängste vor einer muslimischen Dominanz.

Zwischen den beiden größeren und miteinander streitenden Volksgruppen stehend, befinden sich die Kroaten in Bosnien und Herzegowina (mit Ausnahme ihrer Kerngebiete in der Westherzegowina) in einer politisch marginalisierten Rolle. Ihre Positionen schwanken zwischen der Forderung nach Verbesserung der Effizienz der gesamtstaatlichen Institutionen und der Forderung nach einem eigenen, kroatisch kontrollierten Landesteil. Die internationale Präsenz, allen voran der von der EU nominierte Hohe Repräsentant, steckt in einem politisch-strategischen Dilemma: Einerseits wird vermieden, von den Sondervollmachten des Hohen Repräsentanten, den „Bonn Powers“, weiterhin Gebrauch zu machen, weil Bosnien und Herzegowina offiziell ein Beitrittsaspirant ist und es schwer fällt, einem solchen gegenüber als Protektoratsmacht aufzutreten. Andererseits hat sich die Hoffnung der EU bisher nicht erfüllt, dass die politischen Akteure in Bosnien und Herzegowina im Zuge der Heranführung an die EU kompromissbereiter auftreten und sich eigenverantwortlich auf die notwendigen staatlichen Reformen (vor allem im Hinblick auf die ausufernde und ineffiziente Bürokratie) einigen werden.

## Besorgte EU

Das Damoklesschwert eines Failed State Bosnien und Herzegowina vor Augen versucht die EU in einer gemeinsamen Anstrengung mit US-amerikanischen Vermittlern, die bosnisch-herzegowinischen Akteure zur Annahme eines politischen Reformpakets zu bewegen, das die gesamtstaatlichen Kapazitäten zur Vorbereitung auf den EU- und NATO-Beitritt erhöhen soll. Im Wesentlichen geht es um die Stärkung des gesamtstaatlichen Parlaments, die Einschränkung

der Vetomöglichkeiten für die beiden Teilstaaten und die stärkere Berücksichtigung der Rechte der nicht zu den drei konstitutiven Volksgruppen (Bosnjaken, Serben und Kroaten) gehörenden Bürger Bosnien und Herzegowinas in der Verfassung. Auf Seite der EU und der US-Regierung hat sich mittlerweile die Überzeugung durchgesetzt, dass mit dem Verfassungsannex des 1995 unterzeichneten Friedensvertrags von Dayton kein bosnisch-herzegowinischer Staat zu machen ist. Diese Meinung teilen auch die meisten kroatischen und bosnjakischen Politiker in Bosnien und Herzegowina, nicht aber die politisch Verantwortlichen im serbisch dominierten Teilstaat. Insbesondere der Ministerpräsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, spricht sich vehement gegen substanziellere Änderungen der Dayton-Verfassung aus. Er befürchtet persönliche Konsequenzen sowie politische Nachteile für die Republika Srpska oder gar die Infragestellung ihrer Existenzberechtigung.

## Hoffnungen auf die Zeit nach den Wahlen

Die seit Herbst 2009 verstärkten Anstrengungen der EU und der USA, die bosnisch-herzegowinischen Verhandlungspartner auf politische Kompromisse für eine leichtere EU-Annäherung einzuschwören, scheiterten wie das „Reformpaket von Butmir“ vorerst. Ein wesentlicher Grund dürfte die geplante Abhaltung von gesamtstaatlichen Wahlen im Oktober 2010 sein, die in Bosnien und Herzegowina nationale Themen abermals in den Vordergrund gerückt hat. Sowohl auf internationaler als auch bosnisch-herzegowinischer Seite geht man aber davon aus, dass nach den Wahlen und der anschließenden Regierungsbildung ein neuer Verhandlungsprozess leichter eingeleitet werden kann. Wird diese Hoffnung nicht erfüllt, läuft der internationale Fahrplan für die Umwandlung des De-facto-Protektorats Bosnien und Herzegowina in einen „normalen“ Staat vollkommen aus dem Ruder.

Milorad Dodik, Ministerpräsident der Republika Srpska:

*„Es ist ein realistischeres Szenario, dass ganz Bosnien verschwindet, als dass die beiden Landesteile – die Entitäten – verschwinden.“*

(Die Presse, 04.07.2010)

So war ursprünglich geplant, die Funktion des Hohen Repräsentanten schon im Verlauf von 2010 vollständig durch die bereits bestehende Funktion des EU Special Representative zu ersetzen. Seine Aufgabe würde hauptsächlich darin bestehen, Bosnien und Herzegowina auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft zu unterstützen. Beide Funktionen werden derzeit noch als „Doppelhut“ vom österreichischen Diplomaten Valentin Inzko wahrgenommen. Das „Peace Implementation Council“, ein internationales Gremium zur Lenkung und Überwachung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina, macht die Beendigung der Funktion des Hohen Repräsentanten von verschiedenen politischen und rechtlichen Bedingungen abhängig, die bis dato von den nationalen Organen nicht zur Gänze erfüllt wur-

den. Zu diesen sog. „5+2-Forderungen“ gehören die Aufteilung des Eigentums zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen, Lösung für die Frage des bisherigen Armeeeigentums, Funktionsfähigkeit der staatlichen Finanzinstitutionen, funktionierende Rechtsinstitutionen, Erfüllung aller Bedingungen für die Selbstverwaltung des nicht zu den beiden Entitäten gehörenden Brčko-Distrikts durch die Republika Srpska und die Föderation Bosnien-Herzegowina, die Umsetzung des mit der EU unterzeichneten „Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens“ sowie eine allgemein zufrieden stellende politische Situation.

## EUFOR-Präsenz in einem Mitgliedsland des UNO-SR

Zu den Besonderheiten des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina gehört die Tatsache, dass dieses Westbalkanland seit dem 1. Januar 2010 für die Dauer von zwei Jahren als nichtständiges Mitglied dem UNO-Sicherheitsrat angehört. Als solches ist es mitbeteiligt an Entscheidungen, die der Sicherheitsrat in Bezug auf die zivile und militärische internationale Präsenz trifft: Bosnien und Herzegowina ist damit in der kuriosen Situation, dem De-facto-Protektorat über sich selbst das Mandat zu erteilen. So wird die bosnisch-herzegowinische Repräsentantin im UNO-Sicherheitsrat u. a. darüber mitentscheiden, ob im November 2010 das Mandat der EU-Friedenstruppe EUFOR-ALTHEA (falls notwendig) nochmals um ein Jahr verlängert wird.

Die Militärexperten der EU hatten 2009 eigentlich schon Pläne für eine verkleinerte EU-Militäroperation ausgearbeitet, welche auf Einladung der Regierung in Sarajevo die seit 2005 existierenden bosnisch-herzegowinischen Streitkräfte im Training unterstützen soll. Wegen der nicht zufrieden stellenden politischen Lage in Bosnien

und Herzegowina mussten diese Pläne aber aufgeschoben werden. Der UNO-Sicherheitsrat verlängerte im November 2009 durch die Resolution 1895 das im äußersten Fall friedenserzwingende Mandat der EUFOR gemäß Kapitel VII der UNO-Charta. Mit Generalmajor Bernhard Bair stellt Österreich den Kommandanten der EUFOR, welcher ca. 2.000 Militärpersonen aus insgesamt 27 Nationen (davon 22 EU-Länder) angehören. Österreich stellt mit bis zu 400 Militärpersonen derzeit das größte Kontingent. Neben der EUFOR wird im polizeilichen Bereich die Sicherheitspräsenz der EU in Bosnien und Herzegowina durch die European Union Police Mission/EUPM ausgeübt. Die EUPM unterstützt die bosnisch-herzegowinischen Polizeikräfte vor allem bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

## Erstarken extremistischer religiöser Bewegungen

Die überwiegende Mehrheit der bosnisch-herzegowinischen Muslime praktiziert nach wie vor eine sehr weltoffene und tolerante Auslegung des Islam. Es besteht allerdings die Gefahr, dass bei anhaltender mangelhafter Funktionalität der gesamtstaatlichen Institutionen und der ökonomischen Perspektivlosigkeit die Attraktivität missionarischer und intoleranter religiöser Bewegungen für junge Muslime in Bosnien und Herzegowina größer werden könnte. Die ursprünglich von arabischen Kämpfern während des letzten Krieges (1992-95) insbesondere unter der ländlichen muslimischen Bevölkerung verbreiteten wahhabitischen Ideen treffen auf eine zwar immer noch kleine, aber stetig wachsende Anhängerschaft in Bosnien und Herzegowina. Im Februar 2010 gingen bosnisch-herzegowinische Polizeikräfte in einer groß angelegten Operation gegen das nord-bosnische Dorf Gornja Maoča vor, deren wahhabitischen Bewohnern von den Behörden vorgeworfen wird, ein ex-territoriales Gebiet errichtet zu haben, in dem ausschließlich das islamische Recht (Schari'a) Gültigkeit besitzt.

In solchen und ähnlichen Fällen kann oft nur schwer zwischen konservativer Religionsausübung und religiösem Fundamentalismus, der zum Hass gegen Andersgläubige und andere Nationen aufruft, unterschieden werden. Aus dem Kreis der religiösen Fundamentalisten in Bosnien und Herzegowina wurden Einzelpersonen Kontakte zur internationalen Terrorszene nachgewiesen. Dass auch Institutionen in Bosnien und Herzegowina selbst gefährdet sind, zum Ziel von Anschlägen zu werden, verdeutlichte Ende Juni ein Sprengstoffanschlag eines bosnischen Islamisten in der Polizeistation der zentral-bosnischen Stadt Bugojno. Das Opfer – ein Polizist – gehörte wie der Täter der muslimisch-bosnjakischen Volksgruppe an.

## Korruption als Konfliktfaktor in Bosnien-Herzegowina

Es fällt auf, dass sich jene Politiker in Bosnien und Herzegowina besonders gegen einen funktionstüchtigen Gesamtstaat und gegen sinnvolle Kompromisse aussprechen, die die politische Agonie seit 2006 dazu benutzt haben, um ein ihnen ergebendes System der Vernetzwirtschaft auf- oder auszubauen und im Verdacht stehen, sich im großem Ausmaß persönlich bereichert zu haben. Dies trifft insbesondere auf Dodik zu, aber auch auf einige politische Exponenten aus der kroatischen und muslimisch-bosnjakischen Volksgruppe. Die Stärkung des Rechtsstaates in Bosnien und Herzegowina (wie auch

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

in den übrigen Ländern des Westbalkans) sollte deshalb eine der Prioritäten der EU-Unterstützung für Bosnien und Herzegowina darstellen, andernfalls werden korrupte Politiker unter dem Vorwand, ihre Volksgruppe „beschützen“ zu müssen, weiterhin notwendige Reformen verhindern.

### Konkretisierung der „EU-Perspektive“

Die „EU-Beitrittsoption“ hat bisher auf den bosnisch-herzegowinischen Friedensprozess deshalb kaum einen nennenswerten Einfluss ausgeübt, weil die Mitgliedschaft in der Union im Falle von Bosnien und Herzegowina nur ein langfristig zu erreichendes Ziel darstellt. Spürbarere Maßnahmen seitens der EU für die bosnisch-herzegowinische Bevölkerung sind deshalb notwendig, um ein posi-

tives Gegengewicht zur nationalistischen Agitation lokaler Politiker aufzubauen. Neben der Aufhebung des Visazwanges für Reisen bosnisch-herzegowinischer Bürger in EU-Länder – sie ist für Anfang 2011 geplant – wären auch substantiellere wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen ein solches Signal. Obwohl die Griechenland-Krise auch die derzeitigen EU-Länder vor große wirtschaftliche Herausforderungen gestellt hat, wäre zu überlegen, Bosnien und Herzegowina wie auch den anderen Westbalkanländern schon vor der EU-Mitgliedschaft einen Zugang zu EU-Fonds zu ermöglichen. In einem Land mit offiziell 24% Arbeitslosen könnte damit mehr bosnisch-herzegowinischen Bürgern vermittelt werden, dass „Europäisierung“ auch mit konkreten Vorteilen verbunden ist, die nicht für die neuerliche Unterstützung nationalistischer Politiker aufs Spiel gesetzt werden sollten.

## Kosovo – komplizierte Unabhängigkeit

Im Februar 2008 hat das Parlament der ehemals serbischen Provinz die staatliche Unabhängigkeit des Kosovo beschlossen. Zuvor stand Kosovo unter der Verwaltung der UNO – eine Folge des NATO-Luftkriegs gegen Serbien im Frühjahr 1999. Der kosovarische Unabhängigkeitsbeschluss war mit der US-Regierung akkordiert gewesen. Auch 22 EU-Staaten haben bisher Kosovo als Staat anerkannt, nachdem 2006-2007 Verhandlungen zwischen Politikern aus Belgrad und Prishtina über einen Kompromiss in der Frage des zukünftigen Status' des Kosovo gescheitert waren. Für die Unabhängigkeitsbefürworter in der EU bildete der Kosovo-Plan des UNO-Vermittlers Martti Ahtisaari die Grundlage ihrer Entscheidung. Der ehemalige finnische Staatspräsident schlug darin für den Kosovo den Status der „konditionellen Unabhängigkeit“ vor. Die Bedingungen betreffen insbesondere Autonomierechte für die serbische Volksgruppe im Kosovo (ca. 5-6% v. 2,1 Mio. Einw.) sowie die Installierung einer EU-Präsenz, um den Staatsbildungsprozess zu unterstützen und auch zu überwachen.

Eine kleine Gruppe unter den EU-Mitgliedsländern – die Slowakei, Griechenland, Zypern, Spanien und Rumänien – verweigern Kosovo jedoch die Anerkennung als Staat, was ein einheitliches Vorgehen der gesamten EU in der Kosovofrage erschwert. Bis Mitte September 2010 wurde der Kosovo insgesamt von 70 UNO-Mitgliedsländern anerkannt. Die kosovarische Regierung hat als diplomatisches Ziel, die wichtige symbolische Marke von 100 Anerkennungen zu überschreiten. Mit Unterstützung der USA und einflussreicher EU-Länder gelang es dem jungen Staat, als neues Mitglied in den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank aufgenommen zu werden. Andererseits verhindert Serbien mit diplomatischen und rechtlichen Initiativen (tatkünftig unterstützt von Russland) bis dato die Aufnahme Kosovos in die UNO und weitere größere Anerkennungswellen.

### Rechtliche Gegenoffensive Belgrads

Aus der Perspektive der serbischen Regierung, die Ende 2009 offiziell einen Beitrittsantrag an die EU gestellt hat, sind die EU-Annäherung und der von Belgrad mit rechtlichen und diplomatischen Mitteln geführte Kampf um den Kosovo gleichberechtigte strategische Ziele. Eine auf Initiative Serbiens zurückgehende Stellungnahme des Inter-

nationalen Gerichtshofs (IGH) zur Frage der Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo-Parlaments brachte für Belgrad allerdings eine herbe Enttäuschung. Laut dem IGH-Gutachten vom 22. Juli stellte die kosovarische Unabhängigkeitserklärung keinen Verstoß gegen geltendes Völkerrecht und die UNO-SR 1244 dar. Die Möglichkeit zu einer Kursänderung Belgrads hin zu einer konstruktiveren Kosovopolitik eröffnete die Annahme einer gemeinsamen Kosovo-Resolution der EU und der serbischen Regierung in der UNO-Generalversammlung am 9. September. Darin wird u. a. ein von der EU unterstützter politischer Dialog zw. Belgrad und Prishtina zum Wohle aller Bürger des Kosovo begrüßt. Zuvor hatte die serbische Regierung von einer im Alleingang formulierten Resolution, die Kritik an der „secessionistischen“ Politik Prishtinas enthalten hätte, Abstand genommen. Leidtragende der lange zu wenig flexiblen serbischen Politik in der Kosovofrage sind insbesondere die Kosovo-Serben südlich des Flusses Ibar gewesen. Sie stellen mehr als 50% der nach Schätzungen ca. 110.000-120.000 noch in Kosovo lebenden Serben.

Vuk Jeremić, Außenminister von Serbien:

*“Kosovo has deep historical and spiritual meaning for the people of Serbia. In a certain sense, it is our Jerusalem.”*

(Der Spiegel, 31. 05. 2010)

### Geteilte Kosovo-Serben

Anders als die Serben im Norden Kosovos, die in kompakten Enklaven leben, über die die kosovarische Regierung keine Kontrolle ausübt, sind die Dörfer der Serben südlich des Ibar von albanischen Mehrheitsgebieten umgeben. Zur Bewältigung ihres Alltags verfügen sie über keine andere Alternative als sich an die Behörden des Kosovo zu wenden. Dadurch treten aber Loyalitätsprobleme auf, da Belgrad die Kosovo-Institutionen seit der Unabhängigkeitserklärung nicht mehr anerkennt. Vor der Annahme der Kosovo-Resolution in der UNO-GV schloss die serbische Regierung explizit offizielle Kontakte mit der kosovarischen Regierung aus, bis diese in neue Statusverhandlungen einwilligt. Trotz

verbesserter Aussichten auf einen Dialog erschweren die anhaltenden politischen und rechtlichen Konflikte zwischen Belgrad und Prishtina die Normalisierung der ethnischen Beziehungen im Kosovo. Seit der Unabhängigkeitserklärung hat sich die de facto bestehende Teilung in einen serbisch dominierten Norden und das übrige, albanisch dominierte Kosovo verfestigt.

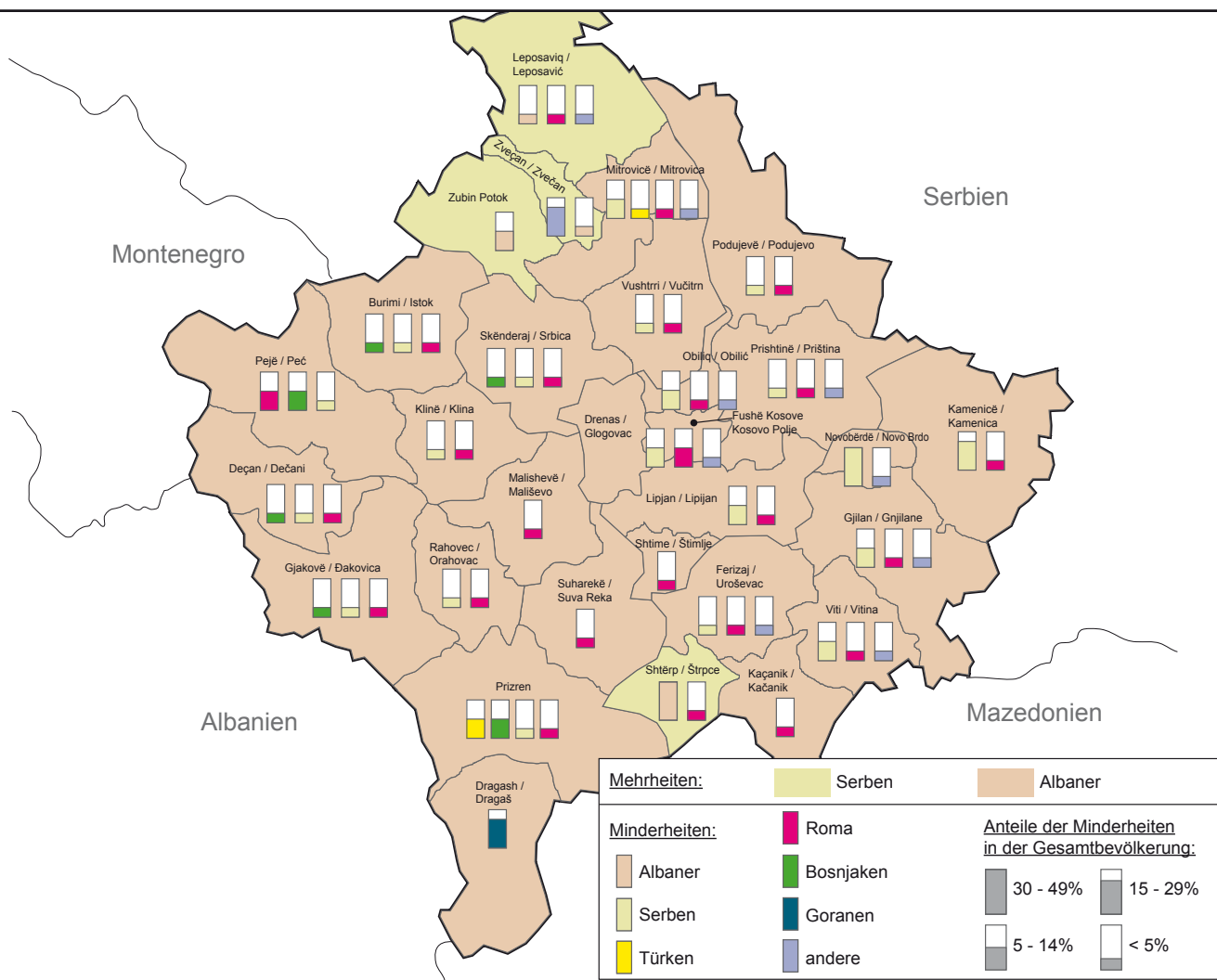
Für eine Verbesserung der interethnischen Beziehungen wäre ein politischer Dialog Belgrads und Prishtinas über praktische Fragen unbedingt notwendig. Ein Modell für einen politischen Ausgleich zwischen Belgrad und Prishtina könnten die deutsch-deutschen Beziehungen in den 1970er und 1980er Jahren sein. Obwohl sie sich völkerrechtlich nicht anerkannten, normalisierten die Regierungen der beiden deutschen Staaten damals ihre politischen Beziehungen im Interesse ihrer Bevölkerung. Teilungspläne, wie von serbischer Seite inoffiziell immer wieder lanciert, stellen keine Lösung der Kosovofrage dar, weil die Mehrheit der Kosovo-Serben in mehrheitlich von Albanern bewohnten Gebieten lebt. Außerdem sollten solche Pläne von der EU auch wegen ihrer regionalen Risiken (separatistische Tendenzen der Serben in Bosnien-Herzegowina sowie der Albaner im südserbischen Preševotol und in Mazedonien) nicht unterstützt werden.

## Stabile Sicherheitslage, aber mit Risiken

Die KFOR (derzeitige Stärke: 10.000) wird sowohl von serbischer als auch albanischer Seite als wichtiger und noch immer notwendiger Stabilitätsfaktor gesehen. Allerdings kritisiert die serbische Regierung die Unterstützungsmaßnahmen der KFOR für die „Kosovo Security Force“. Diese soll – wenn es nach den Plänen der kosovarischen Regierung geht – mit NATO-Unterstützung zur Armee des Kosovo ausgebaut werden. Auch die seit 2009 feststellbare Praxis der KFOR, die Aufgabe des Schutzes serbischer Denkmäler und sakraler Objekte zusehends der Kosovo-Polizei zu übertragen, stößt auf Kritik in Belgrad und bei einem Teil der serbischen Politiker im Kosovo. Die serbische Seite fordert weiterhin eine starke Truppenpräsenz der KFOR im Kosovo. Pläne der NATO, 2011/12 die KFOR weiter personell zu reduzieren, werden als Gefahr für die serbische Volksgruppe dargestellt.

Allgemein hat sich die Sicherheitslage seit 2007 im Kosovo zwar kontinuierlich verbessert – gefährliche interethnische Zusammenstöße oder Anschläge sind aber weiterhin möglich. So geschehen Anfang Juli, als ein zur bosnjakischen Minderheit gehörender Mann im mehr-

## Verteilung der Volksgruppen im Kosovo



heitlich von Serben bewohnten Nordteil der Stadt Mitrovica Opfer eines Bombenanschlags geworden ist. Etwa ein Dutzend Personen erlitten dabei Verletzungen. Die Opfer des Anschlags gehörten zu einer Gruppe von überwiegend serbischen Demonstranten, die gegen die Eröffnung eines Büros des kosovarischen Ministeriums für lokale Selbstverwaltung in Nord-Mitrovica demonstrierten. Für Belgrad stand fest, dass für den Anschlag albanische Terroristen verantwortlich gewesen wären.

## Schwierige EU-Rolle

Das Fehlen einer einheitlichen Position zur Frage des Kosovostatus sowohl im Rahmen des UNO-Sicherheitsrats als auch in der EU selbst hat die Zusammenarbeit der internationalen Akteure im Kosovo verkompliziert. Davon ist insbesondere die EU negativ betroffen, welche gemäß dem Ahtisaari-Plan eigentlich eine führende Rolle beim Aufbau des kosovarischen Staates übernehmen sollte. Neben einer verkleinerten, aber im Unterschied zur früheren Protektoratsverwaltung machtlosen UNO-Mission (UNMIK), zu der formal auch die weiterhin im Kosovo präsente OSZE-Mission gehört, wurden im Post-Kriegs-Gebiet neue zivile Missionen etabliert, die aus Ahtisaaris Kosovoplan hervorgingen.

Für die Kontrolle des Aufbaus der staatlichen Institutionen und der Autonomierechte der serbischen Volksgruppe ist das „International Civilian Office“ (ICO) verantwortlich. Der Leiter dieser Behörde – derzeit der Holländer Pieter Feith – trägt einen unbequemen „Doppelhut“. Während er sich als „International Civilian Representative“ (ICR), der nur von den anerkennenden Staaten unterstützt wird, für den Aufbau eines funktionsfähigen kosovarischen Staates einsetzen soll, verlangt seine zweite Funktion als „EU Special Representative“ (EUSR) ein „neutrales“ Auftreten in der Frage des Kosovostatus. Letzteres ist unvermeidbar, weil ja eine kleine Gruppe von EU-Mitgliedsländern Kosovo nicht anerkannt hat. Diese für ihn schizophrene Situation wird noch dadurch verstärkt, dass der EUSR eine politische Koordinierungsfunktion gegenüber der Mission zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit, EULEX, und dem Büro der EU-Kommission auszuüben hat. Wie auch die UNMIK, die OSZE und die militärische Stabilisierungsmission KFOR müssen die EU-Missionen ebenfalls Status-neutral agieren, dürfen also die staatliche Unabhängigkeit des Kosovo nicht offen unterstützen. Die völkerrechtliche Grundlage für alle internationalen Missionen im Kosovo (mit Ausnahme des ICO) bildet – da es keinen internationalen Konsens in der Frage der staatlichen Unabhängigkeit gibt – noch die UNO-SR-Resolution 1244 vom Juni 1999.

## KFOR Multinational Battle Groups

Gesamt KFOR: ca. 10.000 Militärpersonen  
Österreichische Beteiligung AUCON: 400 - 500



**Kommandant KFOR**  
Generalmajor Erhard Bühler (DEU)



| KROATIEN                                       |                                                                                                                                                                                           |
|------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Bevölkerung:</b>                            | 4,4 Mio. (davon 4,5% Serben, Volkszählung 2001)                                                                                                                                           |
| <b>Fläche:</b>                                 | 56.542 km² (Land), 31.067 km² (Territorialgewässer)                                                                                                                                       |
| <b>Politisches System:</b>                     | Parlamentarische Demokratie                                                                                                                                                               |
| <b>Staatspräsident:</b>                        | Ivo Josipović                                                                                                                                                                             |
| <b>Ministerpräsident:</b>                      | Jadranka Kosor                                                                                                                                                                            |
| <b>BIP*</b>                                    | € 45,4 Mrd. (2009)                                                                                                                                                                        |
| <b>BIP* pro Kopf:</b>                          | € 14.400 (2009)                                                                                                                                                                           |
| <b>Durchschnittliches Monatseinkommen:</b>     | € 1051 (2009)                                                                                                                                                                             |
| <b>Offizielle Arbeitslosenrate:</b>            | 9,1% (2009)                                                                                                                                                                               |
| <b>Präsenz internationaler Organisationen:</b> | OSZE- Büro                                                                                                                                                                                |
| <b>Stand der Integration in EU und NATO</b>    | Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU (Oktober 2001), EU-Beitrittskandidat (seit Juni 2004), Beitritt zur NATO-PfP** (Mai 2000), NATO-Mitgliedschaft (seit 1. April 2009) |
| <b>Wirtschaftsdaten:</b>                       | Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche                                                                                                                                  |



| SERBIEN                                                            |                                                                                                             |
|--------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Bevölkerung:</b>                                                | 7,5 Mio. (ohne Kosovo); davon 3,9% Ungarn und 2,1% Bosnjaken sowie 19 weitere Minderheiten                  |
| <b>Fläche:</b>                                                     | 77.484 km² (ohne Kosovo)                                                                                    |
| <b>Politisches System:</b>                                         | Parlamentarische Demokratie; autonomes Gebiet Vojvodina                                                     |
| <b>Staatspräsident:</b>                                            | Boris Tadić                                                                                                 |
| <b>Ministerpräsident:</b>                                          | Mirko Cvetković                                                                                             |
| <b>BIP*</b>                                                        | € 31,4 Mrd. (2009)                                                                                          |
| <b>BIP* pro Kopf:</b>                                              | € 8.700 (2009)                                                                                              |
| <b>Durchschnittliches Monatseinkommen:</b>                         | € 470 (2009)                                                                                                |
| <b>Offizielle Arbeitslosenrate:</b>                                | 16,1% (2009)                                                                                                |
| <b>Präsenz internationaler Organisationen und Friedenstruppen:</b> | OSZE- Mission                                                                                               |
| <b>Stand der Integration in EU und NATO</b>                        | Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU (April 2008), Beitritt zur NATO-PfP** (Dezember 2006) |



| KOSOVO                                                             |                                                                                                                                                                                                                                                             |
|--------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Bevölkerung:</b>                                                | 2,1 Mio. (davon 92% Albaner, 5,3% Serben, 2,7% andere ethnische Gruppen)                                                                                                                                                                                    |
| <b>Fläche:</b>                                                     | 10.908 km² (etwa die Fläche Österreichs)                                                                                                                                                                                                                    |
| <b>Politisches System:</b>                                         | Parlamentarische Demokratie unter Aufsicht der UNO und der EU                                                                                                                                                                                               |
| <b>Spezieller Repräsentant der EU</b>                              | Pieter Feith                                                                                                                                                                                                                                                |
| <b>Präsident:</b>                                                  | Fatmir Sejdiu                                                                                                                                                                                                                                               |
| <b>Ministerpräsident:</b>                                          | Hashim Thaçi                                                                                                                                                                                                                                                |
| <b>BIP*</b>                                                        | € 3,9 Mrd. (2009)                                                                                                                                                                                                                                           |
| <b>BIP* pro Kopf:</b>                                              | € 1.840 (2009)                                                                                                                                                                                                                                              |
| <b>Offizielle Arbeitslosenrate:</b>                                | bis zu 50% (2009)                                                                                                                                                                                                                                           |
| <b>Präsenz internationaler Organisationen und Friedenstruppen:</b> | Verkleinerte UNO-Mission UNMIK (unter Einschluss der OSZE), Rechtsstaatlichkeits-Mission EULEX, EU-Kommissionsbüro, EU Special Representative / International Civilian Representative sowie NATO-geführte Kosovo Force (zurzeit ca. 10.000 Militärpersonen) |
| <b>Wirtschaftsdaten:</b>                                           | Deutsches Auswärtiges Amt / Länderinformationen                                                                                                                                                                                                             |



| MAZEDONIEN / FYROM                             |                                                                                                                                                                                                                            |
|------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Bevölkerung:</b>                            | 2,1 Mio. (davon 64% ethnische Mazedonier, 25% Albaner; serbische, türkische und Roma-Minderheit)                                                                                                                           |
| <b>Fläche:</b>                                 | 25.713 km²                                                                                                                                                                                                                 |
| <b>Politisches System:</b>                     | Parlamentarische Demokratie                                                                                                                                                                                                |
| <b>Staatspräsident:</b>                        | Gjorge Ivanov                                                                                                                                                                                                              |
| <b>Ministerpräsident:</b>                      | Nikola Gruevski                                                                                                                                                                                                            |
| <b>BIP*</b>                                    | € 6,7 Mrd. (2009)                                                                                                                                                                                                          |
| <b>BIP* pro Kopf:</b>                          | € 8.000 (2009)                                                                                                                                                                                                             |
| <b>Durchschnittliches Monatseinkommen:</b>     | € 488 (2009)                                                                                                                                                                                                               |
| <b>Offizielle Arbeitslosenrate:</b>            | 32,2% (2009)                                                                                                                                                                                                               |
| <b>Präsenz internationaler Organisationen:</b> | OSZE-Mission                                                                                                                                                                                                               |
| <b>Stand der Integration in EU und NATO:</b>   | Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU (April 2001), EU-Beitrittskandidat (seit Dezember 2005), Beitritt zur NATO-PfP** (November 1995), NATO-Beitrittsverhandlungen im Rahmen des „Membership Action Plan“ |



| BOSNIEN UND HERZEGOWINA                                            |                                                                                                                                                                                |
|--------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Bevölkerung:</b>                                                | 3,8 Mio. (Schätzung); muslimische Bosnjaken, Serben, Kroaten sowie ethnische Minderheiten                                                                                      |
| <b>Fläche:</b>                                                     | 51.129 km²                                                                                                                                                                     |
| <b>Politisches System:</b>                                         | Parlamentarische Demokratie, umfangreiche Kompetenzen des Hohen Repräsentanten der Staatengemeinschaft (Valentin Inzko), 2 Entitäten, Distrikt Brčko                           |
| <b>Staatspräsidium:</b>                                            | Nebojša Radmanović, Haris Silajdžić, Željko Komšić                                                                                                                             |
| <b>Ministerpräsident:</b>                                          | Nikola Špirić                                                                                                                                                                  |
| <b>BIP*</b>                                                        | € 12,2 Mrd. (2009)                                                                                                                                                             |
| <b>BIP* pro Kopf:</b>                                              | € 6.600 (2009)                                                                                                                                                                 |
| <b>Durchschnittliches Monatseinkommen:</b>                         | € 615 (2009)                                                                                                                                                                   |
| <b>Offizielle Arbeitslosenrate:</b>                                | 24% (2009)                                                                                                                                                                     |
| <b>Präsenz internationaler Organisationen und Friedenstruppen:</b> | EU-Militärmission EUFOR/Althea (ca. 2.000 Soldaten), EU-Polizeimission (ca. 280 Exekutivbeamte), OSZE- Mission                                                                 |
| <b>Stand der Integration in EU und NATO</b>                        | Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU (Juni 2008), Beitritt zur NATO-PfP** (Dezember 2006), NATO-Beitrittsverhandlungen im Rahmen des „Membership Action Plan“ |



| MONTENEGRO                                                         |                                                                                                                                                                                   |
|--------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Bevölkerung:</b>                                                | 620.000 (bosnjakische, albanische und kroatische Minderheit)                                                                                                                      |
| <b>Fläche:</b>                                                     | 13.812 km²                                                                                                                                                                        |
| <b>Politisches System:</b>                                         | Parlamentarische Demokratie                                                                                                                                                       |
| <b>Staatspräsident:</b>                                            | Filip Vujanović                                                                                                                                                                   |
| <b>Ministerpräsident:</b>                                          | Milo Đukanović                                                                                                                                                                    |
| <b>BIP*</b>                                                        | € 3 Mrd. (2009)                                                                                                                                                                   |
| <b>BIP* pro Kopf:</b>                                              | € 10.000 (2009)                                                                                                                                                                   |
| <b>Durchschnittliches Monatseinkommen:</b>                         | € 643 (2009)                                                                                                                                                                      |
| <b>Offizielle Arbeitslosenrate:</b>                                | 19,1% (2009)                                                                                                                                                                      |
| <b>Präsenz internationaler Organisationen und Friedenstruppen:</b> | OSZE- Mission                                                                                                                                                                     |
| <b>Stand der Integration in EU und NATO</b>                        | Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU (Oktober 2007), Beitritt zur NATO-PfP** (Dezember 2006), NATO-Beitrittsverhandlungen im Rahmen des „Membership Action Plan“ |



| ALBANIEN                                                           |                                                                                                                                                     |
|--------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Bevölkerung:</b>                                                | 3,2 Mio.                                                                                                                                            |
| <b>Fläche:</b>                                                     | 28.748 km²                                                                                                                                          |
| <b>Politisches System:</b>                                         | Parlamentarische Demokratie                                                                                                                         |
| <b>Staatspräsident:</b>                                            | Bamir Topi                                                                                                                                          |
| <b>Ministerpräsident:</b>                                          | Sali Berisha                                                                                                                                        |
| <b>BIP*</b>                                                        | € 8,9 Mrd. (2009)                                                                                                                                   |
| <b>BIP* pro Kopf:</b>                                              | € 6.600 (2009)                                                                                                                                      |
| <b>Durchschnittliches Monatseinkommen:</b>                         | € 242 (2009)                                                                                                                                        |
| <b>Offizielle Arbeitslosenrate:</b>                                | 12,8% (2009)                                                                                                                                        |
| <b>Präsenz internationaler Organisationen und Friedenstruppen:</b> | OSZE-Mission                                                                                                                                        |
| <b>Stand der Integration in EU und NATO</b>                        | Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU (Juni 2006), Beitritt zur NATO-PfP** (Februar 1994), NATO-Mitgliedschaft (seit 1. April 2009) |



*NATO*  
*North Atlantic Treaty Organization*  
*\*) BIP*  
*Bruttoinlandsprodukt*  
*\*\*) NATO-PfP*  
*NATO Partnership for Peace*

# WESTBALKAN

## Länderdaten und internationale Missionen



**EUFOR**  
EU Force in Bosnia and Herzegovina (ALTHEA)



**EUPM**  
EU Police Mission (BiH)



**OSCE**  
Organization for Security and Co-operation in Europe



**ICO**  
International Civilian Office



**EULEX**  
EU Rule of Law Mission in Kosovo



**OHR**  
Office of the High Representative for BiH



**EUSR**  
EU Special Representative



**KFOR**  
Kosovo Force (NATO-Kommando)



**UNMIK**  
United Nations Interim Administration Mission in Kosovo

## Zugeständnisse an Belgrad

Der Umstand, dass fast alle internationalen Missionen auf kosovarischen Territorium den Kosovo offiziell als Gebiet mit nicht geklärtem politischen Status betrachten, frustriert die dortige albanische Bevölkerung. An Stelle einer zwar zuletzt von den Kosovo-Albanern sehr negativ perzipierten, aber immerhin klar strukturierten UNO-Protektoratsverwaltung, sehen sie sich mit einer noch größeren Zahl internationaler Missionen konfrontiert. Die UNMIK hätte – geht es nach der kosovarischen Regierung – den Kosovo eigentlich schon 2008 verlassen sollen. Dass es sie in verkleinerter Form noch immer gibt, ist ein Zugeständnis der USA und der EU-Staaten, die anerkannt haben, gegenüber Belgrad und den UNO-Mitgliedsländern, die Kosovo auch weiterhin als Bestandteil Serbiens betrachten. Die Aufgaben der Rest-UNMIK beschränken sich im Wesentlichen darauf, Kommunikationskanäle zu den Serben im Nord-Kosovo aufrechtzuerhalten, weil diese eine Zusammenarbeit mit den neuen EU-Missionen nach wie vor ablehnen. Außerdem begleiten UNMIK-Mitarbeiter kosovarische Regierungsmitglieder zu internationalen Treffen, um aus Sicht Belgrads und anderer Unabhängigkeitsgegner den notwendigen völkerrechtlichen Rahmen zu gewährleisten.

Michael Spindelegger, Außenminister Österreichs:

*„Ich erwarte mir von Belgrad keine Anerkennung des Kosovo, aber einen nächsten gemeinsamen Schritt.“*

(Der Standard, 10. 02. 2010)

## Ernüchterung bei den Kosovo-Albanern

Von der EULEX, dem Herzstück des EU-Engagements im Kosovo, zeigen sich viele Kosovaren enttäuscht. Sie hatten sich eine aktive Unterstützung des Staatsaufbaus durch diese personell derzeit größte Mission im Rahmen der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“-ESVP (bis zu 1.950 internationale und 1.250 lokale Mitarbeiter) erwartet. Wegen der Uneinigkeit innerhalb der EU in der Anerkennungsfrage wurde daraus „nur“ ein „monitoring, mentoring und advising“ in den Bereichen Polizei, Gerichts- und Zollwesen. Kosovarische und internationale Kritiker der EULEX werfen der Mission vor, zu passiv aufzutreten, insbesondere bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit keine substantiellen Ergebnisse vorweisen zu können und eine schlechte Personalauswahl zu praktizieren. Das EULEX-Personal sei teilweise unterqualifiziert und zeige offen Vorurteile gegenüber den lokalen Behörden (was speziell für das „advising“ sehr hinderlich ist). Kritisiert wird – im Hinblick auf die Komplexität der zu bewältigenden Aufgaben – auch die mit 12 Monaten relativ kurze Rotationszeit. Selbst Mitarbeiter der EULEX geben in Gesprächen zu, dass die bisherige Bilanz dieser Mission unter den Erwartungen ausfällt.

Die Annahme, man könne auch ohne eine präzise definierte „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU in der Frage des Kosovo-Status eine so anspruchsvolle ESVP-Mission erfolgreich betreiben, hat sich als falsch erwiesen. EULEX-Mitarbeiter sind wegen der Status-Neutralität ihrer Mission unsicher, wie weit sie in ihrer Unterstützung für die Kosovo-Institutionen gehen dürfen.

## Stärkeres Engagement bei der Verbrechensbekämpfung

Trotz des Bestrebens der im Kosovo eingesetzten internationalen Missionen, ihre Aktivitäten miteinander zu koordinieren, treten oftmals Duplizierungen auf. So überwacht die OSZE, die noch mit etwa 700 Mitarbeitern im Kosovo präsent ist, unter anderem, ob Gerichtsverfahren nach rechtsstaatlichen Kriterien ablaufen und führt Kurse im Rahmen der Polizeiausbildung durch – ein Bereich, der eindeutig in die Domäne der EULEX fällt. Wohl auch, um den Kritikern der EULEX-Mission den Wind aus den Segeln zu nehmen, entwickelt sie in jüngster Zeit ein stärkeres Engagement bei der Verbrechensbekämpfung. Mediale Aufmerksamkeit riefen Ende April Hausdurchsuchungen der EU-Polizei beim Infrastruktur-Minister Fatmir Limaj und die Verhaftung des mutmaßlichen albanisch-kosovarischen Kriegsverbrechers Sabit Geçi hervor. Limaj, der während des Krieges zur Führungsriege der kosovarischen Guerilla UÇK gehörte und als graue Eminenz hinter Premierminister Hashim Thaçi die politischen Fäden ziehen soll, wird verdächtigt, mehrere Millionen Euro veruntreut zu haben. Solche und ähnliche Praktiken kosovarischer Politiker verstärkten schon in der Phase des UNO-Protektorats ein – von Belgrad kontinuierlich gefördertes – negatives internationales Image des Kosovo als „Mafia-Staat“. Eine wichtige Aufgabe der EULEX besteht darin, durch substantielle Unterstützung institutioneller Reformen dieses Bild zurechtzurücken.

## Erreichtes und Herausforderungen

Trotz der schwierigen politischen Rahmenbedingungen sind im Kosovo seit 2008 durchaus auch Erfolge zu verzeichnen: So verläuft mit internationaler Unterstützung die Dezentralisierungsreform reibungsloser als erwartet. Viele Serben südlich des Ibar haben sich – entgegen der Empfehlung aus Belgrad – an den letzten kosovarischen Kommunalwahlen beteiligt, die im November und Dezember 2009 stattfanden und aus denen auch die Bürgermeister der neu zu schaffenden serbischen Kommunen hervorgingen. Diese erklärten sich überwiegend bereit, mit den Kosovo-Behörden bei konkreten Projekten zusammen zu arbeiten. Während die Serben im Süden damit begonnen haben, sich mit dem „unabhängigen“ Kosovo, wenn schon nicht anzufreunden, dann doch zu arrangieren, verharren die „Hardliner“ in den Enklaven im Norden in ihrer Abwehrhaltung gegenüber der kosovarischen Regierung.

Neben der de facto bestehenden Teilungslinie im Kosovo, den schwierigen Rahmenbedingungen für die EULEX-Mission sowie der selbst für Balkan-Verhältnisse enormen Vetternwirtschaft gehört die Einbindung Kosovos in den EU-Integrationsprozess zu den zentralen Herausforderungen in diesem Post-Kriegs-Gebiet. Kosovo ist das einzige Westbalkanland, das mit der EU bisher kein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen abgeschlossen hat, ebenso ist es bis auf weiteres auch von der Visa-Liberalisierung ausgenommen. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von geschätzten 70% scheint eine aktivere Integrationspolitik der EU insbesondere im wirtschaftlichen Bereich unbedingt erforderlich, will man verhindern, dass soziale Frustration von radikalen Kräften für neue Gewaltaktionen instrumentalisiert wird.

# Zerbrechliche Stabilität Mazedoniens

Mit internen Identitätsproblemen hat Mazedonien zu kämpfen. Der Friedensprozess von Ohrid hat nach den bürgerkriegsähnlichen Unruhen von 2001 die politischen Beziehungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung der ethnischen Mazedonier und der albanischen Volksgruppe (25%) zwar verbessert, stärkere gesellschaftliche und ethnische Spannungen sind aber geblieben. Außenpolitische Konflikte mit Bulgarien (Nations- und Sprachenfrage) und vor allem mit Griechenland (Staatsnamensfrage) erschweren zusätzlich die staatliche Konsolidierung Mazedoniens. Die EU ist im Rahmen ihrer Westbalkan-Strategie gefordert, sich stärker als bisher bei der Lösung des Namensstreits mit Griechenland vermittelnd einzubringen, um ein Ende der griechischen Blockadepolitik in der EU- und NATO-Integration zu erreichen. Mazedonien, das seit 2005 den Status eines EU-Kandidaten besitzt, hat bis jetzt noch kein einziges Verhandlungskapitel mit der EU geöffnet. Dies ist, wie auch die Verzögerung des Beitritts Mazedoniens zur NATO, vor allem auf das griechische Veto zurückzuführen. Speziell bei jungen Albanern ruft der Stillstand in den mazedonischen Integrationsbemühungen eine immer stärkere Abwehrhaltung gegenüber dem mazedonischen Staat hervor. Separatistische Tendenzen in der albanischen Bevölkerung nehmen deshalb wieder zu, genauso wie der albanische Waffenschmuggel im mazedonisch-kosovarischen Grenzgebiet.

## ■ Namensstreit mit Griechenland

- 1991: Unabhängigkeitserklärung der „Republik Mazedonien“
- Widerstand Griechenlands
  - Befürchtete Gebietsansprüche Mazedoniens
  - Gleichnamige Region in Griechenland
  - Griechenland beansprucht das kulturelle Erbe der historischen Region Mazedonien
- Provisorischer Name „Former Yugoslav Republic of Macedonia“
- Wegen Namensstreit griechische Blockade der EU- und NATO-Integration Mazedoniens
- UNO-Sonderversmittler Matthew Nimetz
- Letzte Kompromissvorschläge (2010)
  - „Nord-Mazedonien“
  - „Vardar-Mazedonien“
  - „Mazedonien (Vardar)“

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

2010 sind wieder verstärkte Aktivitäten von Waffenschmugglern im mazedonisch-kosovarischen Grenzgebiet feststellbar. Das Bild zeigt einen mazedonischen Sonderpolizisten nach einem Schusswechsel mit Waffenschmugglern im Mai 2010.

# Schritte zur Kooperation und Versöhnung

Trotz der dargelegten Probleme im Friedensprozess kann andererseits eine spürbare Verbesserung der regionalen Kooperation konstatiert werden. Dies gilt insbesondere für die politischen Beziehungen im Dreieck Zagreb-Sarajevo-Belgrad. Der positive Einfluss Kroatiens und Serbiens auf ihre Volksgruppen in Bosnien und Herzegowina ist sehr wichtig, um Bosnien und Herzegowina als Staat zu festigen. Auf kroatischer Seite hat Staatspräsident Ivo Josipović Mitte April bei seinem ersten offiziellen Besuch in Bosnien und Herzegowina gegenüber den Bosnjaken verschiedene Zeichen der Versöhnung gesetzt. Gemeinsam mit katholischen und islamischen Würdenträgern erwies der kroatische Staatspräsident den bosnjakischen Kriegsoptionen des zentralbosnischen Ortes Ahmići die Ehre. Ein Großteil der damaligen Dorfbevölkerung, darunter auch viele Frauen und Kinder, fiel 1993 einem brutalen Kriegsverbrechen des lokalen „Kroatischen Verteidigungsrates“ zum Opfer. Diese versöhnliche Geste von Josipović wurde auf bosnjakischer Seite sehr positiv aufgenommen.

Noch mehr Aufmerksamkeit als die Gedenkzeremonie in Ahmići rief während Josipovićs Staatsbesuch seine Rede im bosnisch-herzegowinischen Parlament hervor. Darin legte Josipović ein glaubwürdiges Bekenntnis zu guten bilateralen und regionalen Beziehungen ab und nahm sehr kritisch zur Politik Kroatiens gegenüber Bosnien und Herzegowina in den 1990er Jahren Stellung. Er entschuldigte sich dafür, dass in dieser Phase auch die kroatische Politik der ethnischen Teilung von Bosnien und Herzegowina Vorschub geleistet und damit zur Eskalation des

## ■ Regionale Kooperation:

### Regional Cooperation Council (RCC)

- Gründung im Februar 2008 als Nachfolgeorganisation des „Stability Pact for South Eastern Europe“
- Wichtigstes regionales Kooperationsforum; Sekretariat in Sarajevo
- Regionale Verantwortung in Abstimmung mit der EU
- Sechs Prioritäten:
  - Wirtschaftliche und soziale Entwicklung,
  - Energie und Infrastruktur,
  - Zusammenarbeit im Justizbereich,
  - Sicherheitskooperation,
  - Aufbau von Humankapital und
  - Parlamentarische Kooperation
- Unterstützung der Westbalkanländer bei der Heranführung an die EU und NATO

bewaffneten Konflikts beigetragen hatte. Auch das offizielle Serbien setzt gegenüber seinem Nachbarn versöhnliche Gesten. Das serbische Parlament beschloss Ende März eine Resolution, in der sich Serbien bei den Hinterbliebenen der Opfer des Srebrenica-Massakers entschuldigte – ohne allerdings den Begriff „Genozid“ zu verwenden.

Von den verbesserten nachbarschaftlichen Beziehungen am Westbalkan profitieren auch Organisationen, die die regionale Kooperation stärken wollen. Impulse in diese Richtung setzt vor allem das in Sarajevo beheimatete „Regional Cooperation Council“. Diese regionale Organisation, die im Februar 2008 den von Erhard Busek geleiteten „Stability Pact for South Eastern Europe“ abgelöst hat, wird in enger Kooperation mit der EU eigenverantwortlich von den Westbalkanländern geleitet. Ihre Hauptziele sind die Durchführung regionaler Projekte, die allen Westbalkanländern zugute kommen sowie die Unterstützung dieser Länder bei der Heranführung an die EU und die NATO.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Der kroatische Staatspräsident Ivo Josipović setzte bei seinem Staatsbesuch in Bosnien-Herzegowina versöhnliche Gesten gegenüber der muslimisch-bosnjakischen Bevölkerung.

# Aktive Rolle Österreichs auf dem Westbalkan

## Österreichs Interessen

Innerhalb der EU gehört Österreich zu jenen Mitgliedsländern, die ein besonderes Interesse an einer friedvollen und kooperativen Entwicklung auf dem Westbalkan haben. Dieses Interesse wird natürlich bedingt durch seine geographische Nähe zu diesem Teil Südosteuropas, der noch immer mit der Aufarbeitung der Kriegsfolgen belastet ist. So liegt z. B. die kroatische Hauptstadt Zagreb/Agram von Wien aus gesehen mit einer Entfernung von 269 km deutlich näher als das mit 505 km von der Bundeshauptstadt entfernte Bregenz. Fast 500.000 in Österreich lebende Menschen stammen aus den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien (Statistik Austria, 2010). Sie pflegen sehr enge verwandtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu ihren Herkunftsländern. Alleine während des Krieges in Bosnien und Herzegowina fanden 90.000 Flüchtlinge in Österreich Zuflucht. Der Großteil blieb und hat sich sehr gut in die österreichische Gesellschaft integriert.

Neben historischen Gründen (Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Teile Serbiens gehörten zur Donaumonarchie) sowie den ethnischen und kulturellen Anknüpfungspunkten sind natürlich auch wirtschaftliche Motive entscheidend für das pro-aktive Engagement Österreichs im Balkanraum. Gemäß den Angaben des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (2009) belegt Österreich mit einem Anteil von 34,2% in Kroatien und Bosnien-Herzegowina den ersten Platz unter den ausländischen Investoren sowie den zweiten Platz in Serbien mit einem Anteil von 15,6% an den Direktinvestitionen. In Mazedonien liegt Österreich in diesem Bereich an vierter Stelle, in Montenegro nimmt es den fünften sowie in Albanien den sechsten Platz ein.

## Beiträge zum Frieden

Von den ca. 1.200 Soldatinnen und Soldaten des Österreichischen Bundesheeres, die weltweit zur Sicherung des Friedens in Krisengebieten oder früheren Kriegsgebieten eingesetzt sind, kommen etwa zwei Drittel in Bosnien und Herzegowina (bis zu 400 im Rahmen von EUFOR-ALTHEA) und im Kosovo (400-500 im Rahmen der KFOR) zum Einsatz. Die Bedeutung, die Österreich den Friedenseinsätzen in Südosteuropa beimisst, wird durch die Aufstockung seines

Kontingents in Bosnien und Herzegowina untermauert. Durch die im Juni beschlossene Verdoppelung des österreichischen Kontingents auf 400 hat der österreichische Nationalrat eine wichtige Maßnahme zur Erhaltung der noch immer notwendigen internationalen Militärpräsenz in Bosnien und Herzegowina gesetzt. Wichtige Truppensteller wie Spanien oder Polen haben nämlich damit begonnen, Truppenteile aus diesem politisch noch immer zerbrechlichen Balkanland abzuziehen.

Österreichs zentrale Rolle im bosnisch-herzegowinischen Friedensprozess zeigt sich u. a. in der Übernahme wichtiger Funktionen: Mit Generalmajor Bair als Kommandanten der EUFOR-Truppen und dem Diplomaten Inzko als Hohen Repräsentanten der Staatengemeinschaft werden zwei internationale Schlüsselpositionen derzeit von Österreichern besetzt. Neben den wichtigen militärischen und politischen Beiträgen beteiligt sich Österreich an der Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX im Kosovo. Österreich stellt derzeit 25 Polizisten und 5 Rechtsexperten aus dem Bundesministerium für Justiz. Im größeren EU-Rahmen setzt sich die österreichische Außenpolitik dafür ein, dass die Unterstützung des Friedensprozesses in den Westbalkanländern eine der Prioritäten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU bleibt. Österreich gehört in der EU zu jenen Ländern, welche die Aufnahme aller Westbalkanländer in die Union als wichtiges außenpolitisches Ziel verfolgen.



Seit 1999 engagiert sich Österreich durchgehend mit einem substanziellen KFOR-Kontingent, um zur Friedenssicherung im Kosovo beizutragen.

Bild: BMLV

## ■ Österreichs Engagement in der Region

### Wirtschaft

- Erster Platz unter den ausländischen Investoren in Kroatien und Bosnien-Herzegowina (34,2%)
- Zweiter Platz bei den ausländischen Direktinvestitionen in Serbien (15,6%)

### Schlüsselpositionen in Friedensmissionen

- Botschafter Valentin Inzko als internationaler Hoher Repräsentant in Bosnien und Herzegowina
- Generalmajor Bernhard Bair als Kommandant der EU-Friedenstruppen in Bosnien und Herzegowina (EUFOR-ALTHEA)

### Militärische Beiträge

- Bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der EUFOR
- 400-500 Militärpersonen im Rahmen der KFOR im Kosovo

### Beteiligung an der Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX (Kosovo)

- 25 Polizisten
- 5 Rechtsexperten

# Langer Weg zum EU-Beitritt

Die Zusicherung der EU an die Westbalkanländer, sie nach Erfüllung der Voraussetzungen als Vollmitglieder aufzunehmen, hat – da alle Beitrittsaspiranten ihre Politik an den gleichen demokratischen und menschenrechtlichen Standards orientieren müssen – zweifellos einen positiven Einfluss auf die regionalen Beziehungen. Andererseits ist eine realistische Erwartungshaltung bezüglich der Schnelligkeit der Beitrittsprozesse notwendig. Aus heutiger Sicht wird Kroatien das einzige Land der Region sein, welches in einem absehbaren Zeitraum der EU beitreten wird. Da sich Kroatien und Slowenien bei den offenen Grenzfragen angenähert haben, ist ein Beitritt Kroatiens zur EU bis spätestens 2013 sehr wahrscheinlich. Den anderen Westbalkanländern, die mit Ausnahme von Kosovo zumindest schon ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet haben, steht noch ein längerer Weg bevor.

Mazedonien besitzt zwar seit 2005 den Kandidatenstatus, wird aber nach wie vor von Griechenland blockiert. Über den Kandidatenstatus von Albanien, Montenegro und Serbien muss innerhalb der EU erst eine Entscheidung getroffen werden. Die bosnisch-herzegowinische Regierung wiederum kann erst um den Status eines EU-Kandidaten ansuchen, wenn intern die politischen und rechtlichen Voraussetzungen für die Beendigung des Mandats des Hohen Repräsentanten erfüllt werden. Davon sind die lokalen Politiker aber noch weit entfernt. Der junge Staat Kosovo bildet das Schlusslicht im europäischen Integrationsprozess, ohne ein assoziiertes Verhältnis zur EU. Sollte die EU nicht

zu einer gemeinsamen Kosovo-Politik finden, wird dieser Zustand auf längere Zeit so bleiben – mit der Gefahr, dass das Frustrationspotenzial bei der überwiegend jungen Bevölkerung des Kosovo weiter ansteigt. Für die EU selbst stellt angesichts des noch immer nicht verdauten Beitritts Rumäniens und Bulgariens sowie der ökonomischen Probleme („Griechenlandkrise“) die Aufnahme neuer Mitglieder derzeit keine Priorität dar.

Schneller als der Prozess des Beitritts zur EU verläuft die Integration in die NATO, die für diese Post-Kriegs-Region im Sinne der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit sehr wichtig ist. Mit Ausnahme von Kosovo gehören alle Westbalkanländer mittlerweile der NATO-„Partnership for Peace“ an. Albanien und Kroatien sind der Allianz im April 2009 als Vollmitglieder beigetreten. Bosnien-Herzegowina und Montenegro befinden sich im Prozess zur Vorbereitung des NATO-Beitritts („Membership Action Plan“). Serbien strebt derzeit den NATO-Beitritt nicht an.

Stefan Füle, Erweiterungskommissar der EU:

*“We share the responsibility to ensure peace, stability and prosperity in Western Balkans”*

(EU-Konferenz in Sarajevo, 02. 06. 2010)

**Link zum IGH-Gutachten vom 22. Juli 2010 zur Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo:**

<http://www.icj-cij.org/docket/files/141/15987.pdf>

**Link zur Resolution der UNO-Generalversammlung vom 9. September 2010 über das IGH-Gutachten:**

<http://www.un.org/News/Press/docs/2010/ga10980.doc.htm>

Office of the High Representative  
in Bosnia and Herzegovina



<http://www.ohr.int>

European Union Special Representative  
in Bosnia and Herzegovina



<http://www.eusrbih.org>

European Union Force in Bosnia and Herzegovina  
(EUFOR Althea)



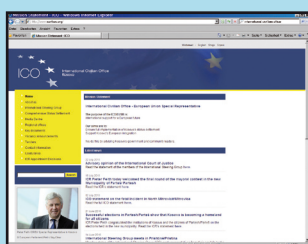
<http://www.euforbih.org>

Europäische Kommission - EU-Erweiterung



<http://www.ec.europa.eu/enlargement>

International Civilian Office Kosovo



<http://www.ico-kos.org>

European Union Rule of Law  
Mission in Kosovo (EULEX)



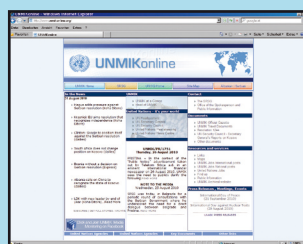
<http://www.eulex-kosovo.eu>

KFOR - Kosovo Force



<http://www.nato.int/kfor>

UNMIK Online



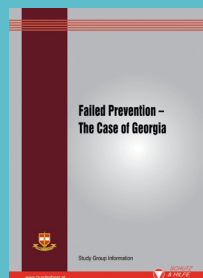
<http://www.unmikonline.org>



## IFK Spiegel

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK), der höchsten Lehr- und Bildungsstätte des österreichischen Bundesheeres.

Das breite Fachwissen des IFK wird vorrangig durch die systematische Zusammenführung von Regionalexpertisen, sicherheitspolitischem Verständnis und besonderen Kenntnissen über das internationale Krisen- und Konfliktmanagement generiert.



## Misslungene Prävention in Georgien

In diesem Buch analysieren namhafte Experten über die Fallstudie Georgien hinaus welche politischen, sicherheitspolitischen und ökonomischen Faktoren für die Prävention gewaltsamer Konflikte hilfreich sind bzw. welche Faktoren negativ einwirken.

Auch an diesem Fallbeispiel zeigt sich, dass sich bei der Konfliktprävention zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit eine große Kluft auftut.



## Schwieriges EU-Engagement im KOSOVO

Das Fehlen einer eindeutigen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Kosovofrage gefährdet den Erfolg der EU-Missionen im Post-Kriegs-Gebiet. Nachjustierungen im organisatorischen Bereich erscheinen vor allem bei der Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX notwendig. Der Kosovo bleibt bis auf weiteres ein zweigeteiltes Gebiet. Die substanzielle Präsenz der KFOR ist weiterhin erforderlich.



## Libanesische Kommunalwahlen im Mai 2010: Vertagte Reform und Bestätigung des Status Quo

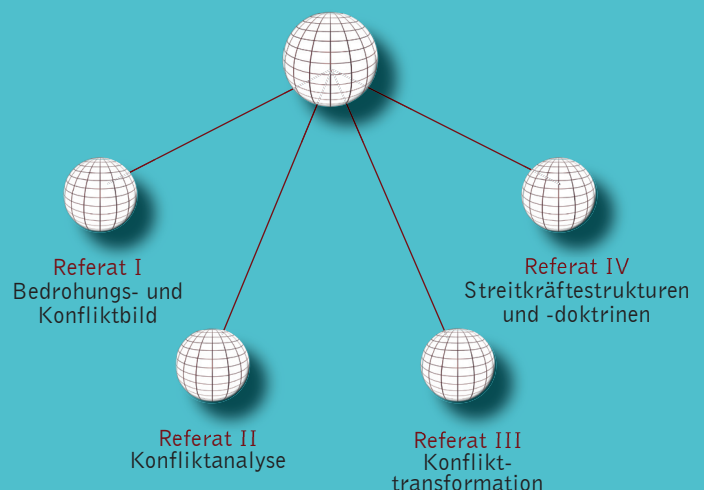
Im Vorfeld der diesjährigen Gemeindewahlen wurde langwierig über eine Reform des Wahlrechts debattiert. In Ermangelung eines Konsenses wurde die Abhaltung der Wahlen zum ursprünglich geplanten Zeitpunkt festgelegt. Diese fanden unter massiven Sicherheitsvorkehrungen statt und bestätigten sowohl die lokalen Machthaber in ihren Ämtern, als auch die Bedeutung der zwei verfeindeten nationalen Bündnisse.

# Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres: Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
  - Forschung und Lehre
  - Öffentlichkeitsarbeit
- **Bedrohungs- und Konfliktbild:** Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.
  - **Konfliktanalyse:** Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.
  - **Konflikttransformation:** Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.
  - **Streitkräftestrukturen und -doktrinen:** In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

## INSTITUTSLEITUNG



## Geplante Publikationen 2010 (Auswahl):

- ⇒ IFK-Monitor: Problematik im Gaza-Streifen
- ⇒ Lehren aus dem Einsatz von EUFOR-Tchad / RCA
- ⇒ Lehren aus den Friedenseinsätzen auf dem Westlichen Balkan

Sie finden unsere BMLVS - Publikationen auch im Internet auf unserer Homepage unter  
<http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml>

### So kommen Sie zu uns:

- Nähe U3-Station Neubaugasse, Ausgang Stiftgasse
- Kreuzung: Innere Mariahilferstraße (Höhe Nr. 30) / Stiftgasse



### Kontakt:

Landesverteidigungsakademie Wien  
**Institut für Friedenssicherung  
und Konfliktmanagement**

AG Stiftgasse 2a  
Akademietrakt 2. Stock, Süd-Risalit  
1070 Wien  
ÖSTERREICH

|        |  |                        |
|--------|--|------------------------|
| tel.   |  | +43 (0) 50201 10 28701 |
| fax    |  | +43 (0) 50201 10 17262 |
| e-mail |  | lvak.ifk@bmlvs.gv.at   |

### Impressum

**Eigentümer, Verleger und Hersteller:**  
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE  
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport  
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien  
Tel. +43 (0) 50201 10 28700

**Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:**  
Brigadier Dr. Walter Feichtinger

**Redaktion:**  
Mag. Predrag Jureković

**Designkonzept und Layout:**  
LVak / Referat III - Medien

**Herstellung:**  
BMLVS / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien -  
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

**E-Mail:** lvak.ifk@bmlvs.gv.at

## Autor:



### **Mag. Predrag Jureković**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Referates „Konfliktanalyse“ im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie; zahlreiche Veröffentlichungen zum Konfliktverlauf und Stabilisierungsprozess in Südosteuropa.

